

Rund ums Viertel

Stadtteilzeitung der SPD Martinsviertel-Johannesviertel

Nummer 134 / 42. Jahrgang / Oktober 2014

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende entgegen und wir haben den passenden Lesestoff für dunkle Herbstabende: unsere neue Ausgabe „Rund ums Viertel“. Wir informieren Sie über geplante Baumaßnahmen, wie etwa den Umbau der Brücke an der Flotowstraße. Unsere Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries erläutert, was die Mietpreisbremse ist und welche Konsequenzen sie hat.

Haben Sie Interesse an Themen, die Martins- oder Johannesviertel betreffen? Gibt es ein Problem vor Ihrer Haustür, das sie ärgert und Sie wollen helfen, es zu lösen? Dann laden wir Sie ein, bei uns mitzumachen! Wir treffen uns einmal im Monat und diskutieren über aktuelle politische Themen. Mehr Informationen finden Sie auf spd-majo.de oder wenden Sie sich gerne per Post mich.

Ihre Anne Marquardt

Vorsitzende des Ortsvereins
Martinsviertel-Johannesviertel

DIE WATZEKERB, DIE WATZEKERB WAR DA!

Wie jedes Jahr fand am zweiten Septemberwochenende die Watzekerb statt. In der Woche zuvor war es noch kalt und nass. Aber pünktlich zum Kerbwochenende kam die Sonne hinter den Wolken hervor.

Grenzgang „Schlösser und Herrenhäuser“

Samstags Vormittag konnten wir über 50 Interessierte zum traditionellen Grenzgang am Hahne-Schorsch-Platz begrüßen. Unter dem Motto „Martinsviertler Schlösser und Herrenhäuser“ führte Günther Körner die Gruppe quer durch das Viertel. Eines dieser Herrenhäuser gab es zum Beispiel im Innenhof des Altenheims an der Emilstraße zu entdecken, dort wohnte der Gründer des Seniorenheims. Auch in

der Pankratiusstraße stieß die Gruppe in einem Hinterhof auf ein solches Wohnjuwel.

Ganz in Rot beim Kerbumzug

Am Sonntag zog der farbenfrohe Umzug von der Arheilger Straße quer durch das Martinsviertel. Neben vielen Vereinen und Kindertagesstätten waren auch wir dabei. Inspiriert war unser Wagen durch das gut besuchte Dîner en Blanc („Festessen in Weiß“) im Sommer. Dabei trafen sich viele Menschen in weißer Kleidung im Herrngarten zum gemeinsamen Essen. Unser Wagen war unter dem Motto Dîner en Rouge ganz in Rot gestaltet. Wie unser Wagen waren auch wir rot gekleidet und verteilten Luftballons und Bonbons an die vielen kleinen und großen Zuschauer. | *am*



DIE MIETPREISBREMSE KOMMT - MEHR ALS „NUR DIE HALBE MIETE“

Im Koalitionsvertrag war es vereinbart, und am 1. Oktober 2014 hat es auch das Kabinett so beschlossen: Die sogenannte Mietpreisbremse kommt, ab 2015 soll das neue Gesetz aus der Feder von Bundesjustizminister Heiko Maas in Kraft treten. Ein wichtiger und guter Schritt für die Mieternation Deutschland – mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt hierzulande zur Miete. In vielen Ballungszentren steigen die Mieten allerdings seit Jahren gewaltig. Bei neu abgeschlossenen Verträgen sind Mieterhöhungen um 30 bis 40 Prozent keine Seltenheit – ohne jede Verbesserung am Wohnwert.

Das gilt auch für Darmstadt: Hier sind die Mieten in den letzten sieben Jahren um rund vier Prozent pro Jahr gestiegen. Der Durchschnitt beim Quadratmeterpreis liegt bei etwa acht Euro. Damit gehört Darmstadt zu den 30 teuersten Wohnorten in Deutschland.

Das geplante Gesetz ermöglicht daher den Ländern für jeweils fünf Jah-

re Gebiete „mit angespanntem Wohnungsmarkt“ festzulegen, für die die Mietpreisbremse gelten soll. In diesen Gebieten dürfen die Mieten in Zukunft die ortsübliche Vergleichsmiete nur noch höchstens um zehn Prozent übersteigen. Bereits 2013 wurde den Ländern



Brigitte Zypries MdB

ermöglicht, eine Mietpreisbremse für Bestandsmieten in Ballungsräumen ein-

zuführen – diese gilt in Hessen seitdem für 30 Städte, unter anderem Darmstadt, Griesheim und Weiterstadt. Das neue Gesetz gilt allerdings auch für neu abgeschlossene Mietverträge.

Neubau von bezahlbarem Wohnraum zusätzlich nötig

Klar ist, dass eine Mietpreisbremse allein nicht ausreicht, um den Anspannungen des Wohnungsmarktes dauerhaft zu begegnen. Der Neubau von bezahlbarem Wohnraum ist für eine stabile Mietpreissituation ebenso unerlässlich. Deshalb werden Neubauten und umfassend modernisierte Wohnungen von der Mietpreisbremse ausgenommen – wer investiert, soll schließlich auch daran verdienen dürfen. Und auch die Mieter haben was davon: Ein höheres Angebot mildert den Anstieg der Mieten ab. Insgesamt soll so erreicht werden, dass das Wohnen auch für Durchschnittsverdiener bezahlbar bleibt. Denn Wohnraum ist keine Ware, sondern das Zuhause von Menschen. | bz

BAHNBRÜCKE FLOTOWSTRASSE / SCHWARZER WEG – TUT SICH WAS?

Nach jahrelangem Drängen scheint es jetzt wahr zu werden – nach Auskunft der Bauverwaltung sollen in den Herbstferien Baumaßnahmen stattfinden, um die Brücke sicherer zu machen.

Das Problem ist seit Jahren bekannt: Die Bürgersteige der kleinen Bahnbrücke, die Flotowstraße und Schwarzen Weg verbindet, sind viel zu schmal. Ein sicheres Überqueren ist für die Passanten, darunter viele ältere Menschen aus dem benachbarten Altenwohnheim, nur schwer möglich. Insbesondere zu den Stoßzeiten kommt es zu haarsträubenden Situationen: Dann drängeln sich der illegale Schleichverkehr und gleichzeitig Horden von Schülern gleichzeitig über die Brücke.

Nach einem Ortstermin und Gesprächen mit Anwohnern hatte die im SPD

Martinsviertel-Johannesviertel folgende Veränderungen angeregt:

1. Verbreiterung der Gehwege auf beiden Seiten der Brücke zu Lasten der ohnehin nur einspurig zu nutzenden Fahrbahn.
2. Abpollern der Gehwege zur Fahrbahn hin, um die Sicherheit der Fußgänger auch bei Überquerung von LKW und Bussen zu gewährleisten.

3. Sinnvolle Fahrbahnmarkierungen und Parkbuchten auf der Flotowstraße, um die Geschwindigkeit der auf die Brücke zufahrenden PKW zu reduzieren.

Bis zur Drucklegung waren noch keine Aktivitäten erkennbar. Man darf gespannt sein, ob jetzt tatsächlich Taten folgen und welche Maßnahmen umgesetzt werden. | mr



TOILETTEN AM FRIEDRICH-EBERT-PLATZ ENDLICH SANIEREN!

Bereits 2009 sollte nach Vandalismus im Toilettenhäuschen die Anlage am Friedrich-Ebert-Platz erneuert werden, passiert ist bisher nichts. Obwohl der EAD die Toiletten zweimal täglich reinigt, bleibt die Verschmutzung ein Problem. In den letzten Jahren und Monaten kam es immer wieder zu Meldungen über Randalen und Zerstörungen der Toiletten, woraufhin das Toilettenhäuschen zeitweilig geschlossen werden musste. Problematisch ist das besonders für die Kindergärten und Familien, die den Spielplatz nutzen. „Der Spielplatz am Friedrich-Ebert-Platz ist der bekannteste und am meisten besuchte im Martinsviertel. Daher müssen hier gute sanitäre Einrichtungen vorhanden sein“, so die Vorsitzende des Ortsvereins Anne Marquardt im Rahmen des Besuches der SPD-Fraktion vor Ort.

Der Stadtverordnete Michael Siebel erkundigte sich bei der Stadt, wie zukünftig die starke Verschmutzung des Toilettenhäuschens verhindert werden solle. Die Stadt habe zusätzlich probeweise nicht nur wochentags, sondern auch samstags die Toilette reinigen lassen, erklärte die zuständige Dezernentin Frau Zuschke in ihrer Antwort. Zur Frage, ob die Stufe am Eingang durch einen behindertengerechten Zugang ersetzt werden soll, machte die Dezernentin keine Aussage. Es sei allerdings nicht geplant, auf dem Spielplatz einen Sonnenschutz anzubringen. Wie eine Besucherin berichtete, sei es besonders im Sommer unangenehm, auf den Holzbänken am Spielplatz zu sitzen, da dort die Bäume nicht ausreichend Schatten spendeten. | am

STREIT UM BEBAUUNG

Ein Haus in der Lauteschlägerstraße ist als Passivhaus gebaut worden: umweltfreundlich und in schöner Wohnlage. Doch was passiert, wenn das Passivhaus durch einen Neubau auf einem Nachbargrundstück plötzlich im Schatten steht? Die Bewohner des Passivhauses müssten unter Umständen nachträglich eine Heizung einbauen. Das würde zu hohen Folgekosten führen – und die Passivhausbauweise ad absurdum führen. Die Investoren des geplanten Neubaus sehen das ganz anders: Ihr „Verschattungsgutachten“ bestreitet negative Auswirkungen auf das Passivhaus. Die Bewohner des Passivhauses sind aber nicht grundsätzlich gegen eine Verdichtung. Es geht ihnen um das „Wie“.

Kompromiss: ein niedrigeres Haus

Um ihren Kompromissvorschlag zu präsentieren, luden die Bewohner im Juli zum Richtfest eines sogenannten Schnurgerüsts. Das ist eine Konstruktion aus Holzlatten und Schnüren, die die Ausmaße der von ihnen vorgeschlagenen Alternative darstellt. Die Vorsitzende des Ortsvereins, Anne Marquardt, war gemeinsam mit ihrem Stellvertreter Max Reindel zu Besuch. Sie machten sich ein Bild der Lage und tauschten sich mit den Bewohnern des Passivhauses aus. Bis Ende Juli gab es die Möglichkeit, Kritik am Bebauungsplan zu äußern. Zurzeit prüft die Verwaltung alle Eingaben. In voraussichtlich drei bis sechs Monaten muss die Stadtverordnetenversammlung dann darüber entscheiden, welche Bebauung erlaubt wird.



Vor Ort am Friedrich-Ebert-Platz (v.l.): Hanno Benz, Michael Siebel, Yasemin Aslan, Ursula Knechtel, Katharina Göls und Anne Marquardt

WIR TRAUERN UM HEINI HAUSMANN

Wir trauern um unser Mitglied Heinrich „Heini“ Hausmann, der am 30. September 2014 im Alter von 73 Jahren verstarb.

Heini war viele Jahre Stadtverordneter und ein engagiertes Mitglied unseres Ortsvereins. Wir werden ihn nicht vergessen.



IMPRESSUM

SPD Ortsverein Martinsviertel-Johannesviertel.

V.i.S.d.P.: Anne Marquardt, Robert-Schneider-Str. 79, 64289 Darmstadt.
Redaktion: Oliver Bernasconi (ob), Anne Marquardt (am), Max Reindel (mr), Michael Siebel (ms), Brigitte Zypries (bz).
Layout: Oliver Bernasconi
www.spd-majo.de

Durch Konflikte und Bürgerkriege wie in Syrien, Afghanistan, Sudan oder Gaza verstärken sich derzeit die globalen Flüchtlingsbewegungen wie schon seit 20 Jahren nicht mehr. Auch Deutschland hat eine Verantwortung diesen Menschen gegenüber, sie haben in den letzten Wochen und Monaten Schreckliches erlebt.

Die stetig ansteigende Zahl der Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, stellt Landkreise, Städte und Gemeinden vor eine große Herausforderung. Die adäquate Unterbringung von Flüchtlingen ist ein Gebot der Menschlichkeit und die Länder und Kommunen in Deutschland müssen und wollen ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden.

Kosten werden nur halb erstattet

Die hessischen Landkreise und Gemeinden sind nach dem Hessischen Landesaufnahmegesetz verpflichtet, Asylbewerberinnen und Asylbewerber aufzunehmen und unterzubringen. Außerdem müssen die medizinische Versorgung und eine qualifizierte Betreuung, zum Beispiel auch Sprachkurse, gewährleistet sein. Allerdings wird den Kommunen tatsächlich nur etwa die Hälfte ihrer Kosten erstattet. Folgeantragsteller werden sogar komplett von den Kommunen finanziert. Insgesamt

summiert sich damit das Defizit der Kommunen im Jahr 2014 auf circa 60 Millionen Euro.

Im Nachtragsentwurf des Landes ist aktuell eine Anhebung um 60 Millionen Euro vorgesehen. Diese reicht jedoch höchstens für die Finanzierung der Erstaufnahme-Einrichtung in Gießen



Michael Siebel Mdl

und gleicht den Landesanteil aus, der sich wegen der Zunahme an Flüchtlingen insgesamt erhöht. Das bedeutet: Am Ende kommt nichts davon bei den Kommunen an.

Erhöhung der Landesmittel verpufft

Trotz gegenteiliger Ankündigung des Innenminister Beuth (CDU) werden

die Landkreise, Städte und Gemeinden mit oder ohne „Schutzschirm“ im Regen stehen gelassen. Auch der Finanzminister Dr. Schäfer kündigte an, dass den Städten und Landkreisen die überplanmäßigen Ausgaben in „Heller und Pfennig“ erstattet werden. Bisher folgten allerdings noch keine Taten.

Die Opposition im Landtag fordert: Die Kostenerstattung zur Flüchtlingsunterbringung muss in nennenswerter Höhe angehoben werden: Mindestens 90 Prozent der tatsächlichen Kosten sollten abgedeckt sein. Eine gemeinsame moralische Grundlage aller demokratischen Kräfte zu schaffen ist notwendig, um dem humanitären Auftrag, Flüchtlinge aufzunehmen und eine neue Heimat zu bieten, gerecht zu werden.

Ehrenamtliches Engagement besonders wichtig

In vielen Städten und Landkreisen setzen sich ehrenamtliche Helferinnen und Helfer für die Betreuung der Flüchtlinge ein. Dieses Engagement ist besonders wichtig, weil es die Menschen zusammenbringt und für mehr Toleranz und Verständnis sorgt. Die Rahmenbedingungen muss allerdings das Land Hessen schaffen und die Kommunen dabei unterstützen. | *ms*

STADTTEIL-FÜHRUNG „JUGENDSTIL IM MARTINSVIERTEL“

An einem sonnigen Sonntag im Juli luden wir zu einer Führung unter dem Motto „Jugendstil im Martinsviertel“ ein. Etwa 40 Interessierte jeden Alters folgten den Ausführungen unserer kompetenten Führerin Karin Walz. So erfuhren wir zum Beispiel, dass es in den 70ern eine „Abwrackprämie“ für Stuckverzierungen gab. Doch zum Glück wussten es auch damals schon viele Hausbesitzer besser. So können wir noch heute die Gesichter, Blumen, Tiere und Muster genießen, die teils vor über 100 Jahren an den Häusern in unseren Vierteln angebracht wurden. | *ob*

